

„Gender Accounting“ – Eine kurze Bestandsaufnahme und konzeptionelle Annäherung

Julia Schneider, Miriam Beblo und Friederike Maier

Zusammenfassung

Ausgangspunkt dieser Studie ist eine kurze empirische Bestandsaufnahme zur geleisteten (bezahlten und unbezahlten) Arbeit von Frauen und Männern in Deutschland und den empfangen-

nen Sozialleistungen. Aufbauend darauf entwickeln wir Vorschläge für ein Erhebungskonzept „Gender Accounting“, welches eine ökonomische Bilanzierung eines durchschnittlichen Frauen- und Männerlebens erlaubt. Ziel einer solchen Bilanzierung ist es, Ansatzpunkte für sozialpolitische Maßnahmen unter Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden zu identifizieren.

Abstract: “Gender Accounting” – A Brief Survey and a Conceptual Approach

Starting point of the study is an empirical investigation into paid and unpaid work done by women and men in Germany and the social benefits received. Based on this analysis, we develop a conceptual proposal for a system of “gender accounting” that enables an economic balancing of the average lives of women and men. The aim of such an analysis is to help develop social policy that takes into account gender differences in economic risks.

1. Einleitung

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion wird der Begriff des „Gender Accounting“ im Allgemeinen so verstanden, dass es sich um die systematische und regelmäßige Sammlung und Aufbereitung von Daten handelt, die aufgrund ihrer Geschlechterdifferenzierung geeignet sind, Unterschiede zwischen Männern und Frauen abzubilden. „Accounting“ beschreibt dabei den Prozess der Datensammlung und Datenaufbereitung, „Gender“ bedeutet, dass die Daten nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt werden. „Gender Accounting“ kann also als ein Instrument zur Analyse von Geschlechterunterschieden verstanden werden – in vielen verschiedenen Kontexten. Von diesen Kontexten ist wiederum abhängig, welche Daten für welche Indikatoren in Rahmen des Accounting gesammelt werden.

Die Notwendigkeit geschlechter-differenzierender Rechenwerke ist zwar allgemein anerkannt, jedoch nicht adäquat umgesetzt. Die vorliegende Studie unternimmt deshalb den Versuch, eine empirische Bestandsaufnahme zur geleisteten (bezahlten und unbezahlten) Arbeit von Frauen und Männern in Deutschland und ihren empfangenen Sozialleistungen zu entwickeln. Aufbauend auf der Bestandsaufnahme werden Vorschläge für ein „Gender Accounting“ entwickelt, welches die Bilanzierung eines durchschnittlichen Frauen- und Männerlebens erlaubt.¹ Ziel dieser Bilanzierung ist es, Ansatzpunkte für sozialpolitische Maßnahmen unter Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden zu identifizieren. Mit diesem Ansatz unterscheidet sich unsere Studie von bisher entwickelten volkswirtschaftlichen Rechensystemen zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder anderen Ansätzen, die unseres Erachtens wenig geeignet sind, die Geschlechterdimensionen von (bezahlter und unbezahlter) Arbeit und damit verbundenen sozialen Sicherungssystemen abzubilden.

2. Begriffsklärung

Der Begriff Gender Accounting ist wenig verbreitet und oft eher assoziiert mit *Gender Budgeting*, der *Gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion* und dem *BIP*, mit *Betrieblichem Accounting und Controlling* und der *Privaten Haushaltsführung*. Ein einflussreicher Kontext findet sich auch im Konzept des *Generational Accounting* aus der Forschung zur Nachhaltigkeit des deutschen Sozialsystems. Auf die Beziehung unserer Überlegungen zu diesen Konzepten gehen wir im Folgenden kurz ein.

2.1 Gender Budgeting

Diese Form des „Gender Accounting“ wird im Allgemeinen verstanden als Analyse öffentlicher Haushalte, insbesondere ihrer Einnahmen- und Ausgabenseite. Die nach Geschlecht differenzierten Angaben sollen eine Genderwirkungsanalyse erlauben, um zum Beispiel abzuschätzen, welche Auswirkungen die Einnahmen-/Ausgabenpolitik auf die Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern hat, welche Wirkungen sie auf die Zu-

ordnung von Arbeit zur bezahlten oder unbezahlten Sphäre hat, welche Wirkung die Haushaltspolitik auf Geschlechterrollen hat und welche Wirkungen sie auf die Erwerbsarbeit von Männern und Frauen hat. Untersucht werden im Rahmen des Gender Budgeting öffentliche Haushalte aller Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden). Denkbar sind diese Analysen allerdings auch für alle Parafisci. Gender Budgeting Prozesse gibt es in einigen Gemeinden und Bundesländern, auf Bundesebene wurden weitere Initiativen nach einer ersten Machbarkeitsstudie (Färber et al. 2006) jedoch von der Bundesregierung abgelehnt.

2.2 Gesellschaftliche Wohlfahrtsproduktion

Um die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu messen, gibt es das Instrument des Bruttoinlandsprodukts BIP. In diesem werden die Güter und Dienstleistungen privatwirtschaftlicher und öffentlicher Anbieter erfasst, die über Märkte gehandelt werden. Die Kritik am BIP als Wohlfahrtsindikator hat eine lange Tradition, sie ist substantiell weitreichend. Aktuell wird diese Diskussion wiederbelebt durch eine Studie im Auftrag der französischen Regierung (vgl. Stiglitz et al. 2009). Versuche umfassenderen Accountings haben zur Entwicklung von Satellitensystemen geführt und zur Entwicklung anderer Indikatorensysteme (Sustainability Index, Human Development Index etc.). Zurzeit verfolgt zudem die EU, gemeinsam mit anderen Partnern, das Projekt „Beyond the GDP“, das ein – im Wesentlichen um Nachhaltigkeitskriterien – erweitertes Accounting verbindlich machen soll. Die Studie von Stiglitz et al. ist dazu ein wesentlicher Baustein. Gender Aspekte sind in diesem Accounting nicht systematisch integriert, obwohl Gender Equality als ein möglicher Indikator diskutiert wird. Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat es jedoch nicht vermocht, die Geschlechterdimensionen in ihr Indikatorensystem zu integrieren. Aspekte wie die ökonomische Bedeutung und der „Wert“ der unbezahlten Arbeit sollen jedoch durch regelmäßige Zeitverwendungserhebungen systematisch aufgenommen werden (vgl. zur fehlenden Geschlechterdimension Deutscher Bundestag 2013).

Die Integration der unbezahlten Arbeit in die volkswirtschaftlichen Analysen war ein Anliegen des schon Mitte der 70er Jahre begonnenen „accounting projects“ (Beneria 2003). Die Initiativen zur Erweiterung der Erfassung ökonomischer Leistungen jenseits des Marktes (und jenseits des BIP) bezogen ihre Legitimation auch aus einem zunehmenden Bewusstsein für die gesellschaftliche Relevanz der im Wesentlichen von Frauen geleisteten unbezahlten Arbeit. Dabei ging und geht es darum, die unbezahlte Arbeit sowohl in der Subsistenzwirtschaft, in der informellen Arbeit, in der Hausarbeit und im Ehrenamt zu erfassen und zu bewerten. Viele Problemstellungen, die heute im Kontext des Gender Budgeting Prozess diskutiert werden, wurden durch die Analysen zur Relevanz der unbezahlten Hausarbeit erst sichtbar und politisierbar.

Über die Etablierung eines dauerhaften Satellitensystems zur unbezahlten Arbeit wird seit einiger Zeit diskutiert, da mit Hilfe der Zeitbudgetuntersuchungen sowohl national als auch EU-weit vergleichend geschlechtsspezifische Anteile bezahlter und unbezahlter Arbeit dokumentiert und analysiert werden könnten. Die Zeitbudgetstudien haben darüber hinaus einen Bezug zum Lebensverlauf, da sie detaillierte Angaben über die Zeitverwendung von Männern und Frauen in verschiedenen Lebensabschnitten erlauben. Für Deutschland lassen sich dabei bisher zwei Zeitpunkte vergleichen (Schäfer 2004). Mit der Studie von Schaffer und Stahmer (2006) liegt zudem ein konzeptionell und empirisch

¹ Dieser Beitrag basiert auf einer Expertise, welche die Autorinnen im Auftrag der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 1. Gleichstellungsberichts der Bundesregierung verfasst haben (Schneider/Beblo/Maier 2010). Eine ausführlichere Ausarbeitung ist als Diskussionspapier des Harriet Taylor Mill-Institutes erschienen (Schneider/Beblo/Maier 2011a). In Schneider, Beblo und Maier (2011b) fokussieren wir auf der ökonomischen Bilanzierung eines durchschnittlichen Frauen- und Männerlebens in Deutschland.

aufbereitetes „Gender-BIP“ vor, das den Umfang bezahlter und unbezahlter Arbeit sowohl zeitlich als auch in monetären Dimensionen misst.

2.3 Betriebliches Accounting und Controlling

In dieser eher betriebswirtschaftlichen Perspektive wird einerseits gefragt, wie die bisherigen betrieblichen Rechenwerke Geschlechterverhältnisse abbilden und z. B. in Form von Geschäftsberichten kommunizieren (Janke 2008) und andererseits untersucht, wie betriebliches Controlling als Instrument einer Gleichstellungspolitik entwickelt und genutzt werden kann. Im Rahmen der betrieblichen Berichterstattung über Personal werden Daten gesammelt über die Anteile von Frauen und Männern auf unterschiedlichen Arbeitsplätzen, Eingruppierung, Entlohnung, Hierarchieebene, Qualifikation, Arbeitszeit etc. Diese Daten dienen zum einen der Transparenz betrieblicher Personalpolitiken, könnten aber auch hilfreich sein zur Ermittlung betrieblicher Lohndiskriminierung (Stichwort Logib). Darüber hinaus existieren Instrumente wie die Balanced Score Card, die zur Entwicklung eines Gleichstellungscontrollings benutzt werden könnten (Becker 2005). Ein umfassendes betriebliches Gleichstellungscontrolling könnte konzeptionell auf Ansätzen aufbauen, wie sie im Gender Budgeting Prozess entwickelt werden. Der öffentliche Sektor könnte ein Gleichstellungscontrolling vorbildhaft implementieren. Unseres Wissens gibt es bisher keine Umsetzung eines Gleichstellungs-Controlling in der Privatwirtschaft.

2.4 Private Haushaltsführung

Der Begriff „Gender Accounting“ wird in der wissenschaftlichen Literatur auch im Rahmen der Einnahmen- und Ausgaben-Erfassung privater Haushalte benutzt. Das Führen von Haushaltsbüchern (in der Regel durch Frauen), das in verschiedenen Ländern (z. B. Japan oder England) noch in den 1980er Jahren sehr verbreitet war, hat – so eine These – die Stellung der Frauen als Haushaltsführende zementiert, und dabei ihren Einfluss auf die Einnahmen und Ausgaben des Haushalts gestärkt. Das auch „Household Accounting“ genannte Instrumentarium einer Buchführung über die Einnahmen und Ausgaben sollte – so die Kritik – die Wahrnehmung der privaten Haushaltsführung als Beruf unterstützen und die Hausarbeit auch als „Karriere“ für Mittelklassefrauen attraktiv machen (Becker 2005). Dadurch, dass nur die monetären Einnahmen und Ausgaben erfasst werden, wird der Haushalt als ausschließlich konsumtive Einheit konstruiert und die Produktion in privaten Haushalten wird systematisch ausgeblendet. Die Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS) setzt zur Ermittlung der Einnahmen und Ausgaben ebenfalls Haushaltsbücher ein.

2.5 Generational Accounting

In der Forschung zur Nachhaltigkeit des deutschen Sozialsystems ist häufig von „Generational Accounting“ die Rede. Unter „Generational Accounts“, oder Generationenkonto, versteht man den diskontierten Wert aller Nettosteuern (bezahlte Steuern und Beiträge abzüglich aller erhaltenen Sozialleistungen), den Individuen verschiedener Generationen über den gesamten Lebenszyklus zahlen (Kotlikoff/Raffelhüschen 1999). Addiert man die Generationenkonto aller lebenden Generationen, erhält man den kollektiven – positiven oder negativen – Beitrag dieser Generationen zur Tilgung der diskontierten Schulden des Staates. Könnte man diese Generationenkonto nach Geschlecht getrennt ausweisen, könnte man die Frage beantworten, welchen Beitrag Frauen und welchen Beitrag Männer zur Schuldentilgung leisten.

Unser Vorschlag für ein Gender Accounting bezieht sich nicht auf alle gerade vorgestellten Dimensionen, sondern wird entwickelt, wie ein Gender Accounting angelegt werden müsste, das die gesamte bezahlte und unbezahlte Arbeit von Männern und Frauen und die damit verknüpften Sozialleistungen in den Blick

nimmt. Im Rahmen der vorgeschlagenen Bilanzierung wird sowohl das Erwerbseinkommen wie auch das monetär bewertete Volumen unbezahlter Haus- und Sorgearbeit über den Lebenslauf kumuliert; zudem werden aus dem Transfersystem erhaltene Geldleistungen berücksichtigt. Dabei geht es nicht etwa darum, eine Bezahlung von unbezahlter Arbeit zu propagieren. Der vorgeschlagene Ansatz zielt vielmehr darauf ab, die über den Lebenslauf geleistete Arbeit von Frauen und Männern in ihren unterschiedlichen Formen sichtbar und quantitativ vergleichbar zu machen

3. Bilanzierung eines Frauen- und Männerlebens in Deutschland

3.1 Bilanz eines bezahlten Arbeitslebens

Empirisch gesichert weiß man, dass Männer in Deutschland a) häufiger, b) in größerem Umfang, c) mit selteneren Unterbrechungen, d) besser bezahlt, und e) besser sozial abgesichert in Erwerbsarbeit sind als Frauen. In der Konsequenz generieren Frauen über den gesamten Lebenszyklus deutlich weniger Erwerbseinkommen als Männer. Ein großer Teil der Einkommensunterschiede entsteht dadurch, dass Frauen und Männer unterschiedliche Berufe wählen und dass eher Frauen Kinder betreuen und deshalb ihre Erwerbstätigkeit verringern oder ganz unterbrechen, wobei eine solche Reduzierung der Erwerbstätigkeit auch Auswirkungen auf zukünftige Verdienstmöglichkeiten hat (Statistisches Bundesamt 2010).

Eine ungefähre Vorstellung von der von Frauen und Männern in einem Jahr geleisteten bezahlten Arbeit bekommt man, wenn man die Gesamterwerbsstunden eines Jahres prozentual gemäß der Erwerbswochenstunden pro Geschlecht betrachtet und mit den jeweiligen Bruttostundenlöhnen multipliziert. Eine Studie des IAB zeigt, dass im Jahr 2008 58 Milliarden Arbeitsstunden geleistet wurden (Bach et al. 2009). Laut Zeitbudgeterhebung 2001/02 waren Männer im Durchschnitt 22,5 Stunden und Frauen 12 Stunden pro Woche erwerbstätig (Schäfer 2004). Setzt man diese Zahlen zueinander ins Verhältnis und unterstellt ein etwa konstantes Geschlechterverhältnis in den Erwerbsstunden, so leisteten Frauen im Jahr 2001 35% des gesamten Arbeitsvolumens. Wanger (2006) ermittelte für 2004 eine vergleichbare Größe auf Basis der IAB-Arbeitszeitrechnung. Nach ihren Berechnungen trugen Frauen im Jahr 2004 39% zum gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen in Deutschland bei. Nehmen wir die obigen Werte als Richtlinien für unsere Schätzung, können wir also davon ausgehen, dass Männer grob 61% der Erwerbsarbeit im Jahr leisten, also etwa 35,4 Milliarden Stunden (Frauen: 22,6 Milliarden Stunden).

Der durchschnittliche Bruttostundenlohn im Jahr 2006 betrug 13,91 Euro für Frauen und 17,99 Euro für Männer (Statistisches Bundesamt, 2006). Unterstellen wir keine dramatischen Veränderungen in den Jahren zwischen 2004 und 2008, können wir davon ausgehen, dass Frauen im Durchschnitt der letzten Jahre rund 310 Milliarden Euro brutto verdienen, und Männer rund 640 Milliarden Euro, insgesamt also 950 Milliarden Euro. Diese Summe erscheint nicht gänzlich unplausibel, zieht man als Vergleich die 995 Milliarden Euro heran, die vom Statistischen Bundesamt als Summe der Bruttolöhne und -gehälter in Deutschland für das Jahr 2008 ausgewiesen werden. Setzt man nun noch die 310 Milliarden Euro der von Frauen geleisteten bezahlten Arbeit ins Verhältnis zu den 640 Milliarden Euro der von Männern geleisteten Arbeit, haben Frauen im Jahr 2008 geschätzte 33% der gesamten Bruttolohnsumme für 39% der gesamten Erwerbsstunden erhalten, bzw. 48% der Bruttolohnsumme der Männer. Wie dargelegt, beziehen sich diese Eckwerte allerdings auf Durchschnittszahlen aller Männer und Frauen in einem Jahr.

3.2 Bilanz eines unbezahlten Arbeitslebens

Um den Gesamtwert der von Frauen und Männern geleisteten Arbeit zu quantifizieren, benötigen wir nun außerdem Informati-

onen über den Umfang und Wert der unbezahlt geleisteten Arbeit, sowohl über den Lebenszyklus als auch im Bevölkerungsdurchschnitt. Um unbezahlte Arbeit von persönlichen oder Freizeitaktivitäten abzugrenzen, bedient man sich üblicherweise des „Dritt-Personen-Kriteriums“ (Schäfer 2004). Das Dritt-Personen-Kriterium besagt, dass Tätigkeiten dann als (bezahlte oder unbezahlte) Arbeit im ökonomischen Sinn gelten, wenn sie auch von Dritten gegen Bezahlung übernommen werden könnten. Demnach sind Tätigkeiten wie z. B. Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und Ehrenämter unbezahlte Arbeit.

Der Umfang an unbezahlter Arbeit einschließlich der dafür erforderlichen Wegezeiten betrug im Jahr 2001 96 Milliarden Stunden (Statistisches Bundesamt 2003). Damit wurde das 1,7-fache an Zeit für unbezahlte Arbeit im Vergleich mit bezahlter Arbeit aufgewendet. Um das Jahresvolumen an unbezahlter Arbeit monetär zu bewerten, müssen Annahmen über das Stundenlohnkonzept und die Stundenlohnhöhe getroffen werden.²

Schäfer (2004) verwendet in seiner makroökonomisch ausgerichteten Berechnung unbezahlter Arbeit den Nettolohn einer/s vollverantwortlichen, selbständig wirtschaftenden Hauswirtschafter/in ohne Ausfallzeiten (d. h. ohne Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage), was im Jahr 2001 zu einem Wert an unbezahlter Arbeit von 684 Milliarden Euro führt. Legt man die tatsächlichen Bruttolöhne inklusive der Ausfallzeiten, also die Lohnkosten, als Lohngröße zugrunde, steigt der Wert unbezahlter Arbeit auf 1.502 Milliarden Euro im selben Jahr. Die Bewertung mit dem Durchschnittslohn aller ArbeitnehmerInnen führt zum höchsten Wert (rund 2.250 Milliarden Euro im Jahr 2001). Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis des geschlechtsspezifischen Anteils an unbezahlter Arbeit, erhält man den Wert der von Frauen und Männern geleisteten unbezahlten Arbeit. Demnach leisteten Frauen (je nach Berechnungsart) zwischen 417 (Lohn der Hauswirtschafterin) und 1.373 Milliarden Euro (Durchschnittslohn aller ArbeitnehmerInnen) an unbezahlter Arbeit im Jahr 2001, und Männer zwischen 276 und 878 Milliarden Euro.

Zusammengefasst erbrachten Frauen im Durchschnitt etwa 310 Milliarden Euro an bezahlter Arbeit und zwischen 420 und 1.370 Milliarden Euro an unbezahlter Arbeit jährlich. Männer leisteten etwa 640 Milliarden Euro an bezahlter Arbeit und zwischen 280 und 880 Milliarden Euro an unbezahlter Arbeit. Je nach Bewertungsansatz beträgt die durchschnittliche Gesamtleistung von Frauen im Jahr also zwischen 730 und 1.680 Milliarden Euro und die von Männern zwischen 920 und 1.520 Milliarden Euro.

Diese Zahlen machen deutlich, welche Rolle die Bewertung der unbezahlten Arbeit bei einer Bilanzierung spielt. Sie sind als sehr grobe Näherungswerte zu verstehen, geben aber einen ersten Anhaltspunkt in der Quantifizierung der von Männern und Frauen geleisteten Arbeit. Lebenszyklusberechnungen des Umfangs und Wertes von (bezahlter und unbezahlter) geschlechtsspezifischer Arbeit wären für ein „Gender Accounting“ natürlich zielführender, hier bestehen jedoch noch größere Forschungslücken als bei den Jahresdurchschnitten, so dass selbst grobe Schätzwerte fehlen.

3.3 Bilanz der Sozialleistungen

Männer und Frauen unterscheiden sich nicht nur in den Umfängen unbezahlter und bezahlter Arbeit. Sie unterscheiden sich auch im Bezug von Sozialleistungen. Nach der Definition von Carstens et al. (2006) sind Sozialleistungen alle Dienst-, Geld- und Sachleistungen eines Gemeinwesens zur Sicherung der Grundbedürfnisse seiner Mitglieder. Das System der Sozialleistungen Deutschlands ist sehr komplex. Es lässt sich nach Finanzierungsart und Bedürftigkeitsvoraussetzung jedoch grob in drei Bereiche unterteilen: a) Versicherungsleistungen der Sozialversicherung, b) Versorgungsleistungen des Staates und c) Fürsorgeleistungen des Staates. Der Sozialbericht 2009 (BMAS 2009) fügt noch als vierten Bereich sozialpolitische Steuermaßnahmen (beispielsweise wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit und für Pflege- und Betreuungsleistungen oder das Ehegatten-Splitting) hinzu.

Grundsätzlich federt das deutsche Sozialsystem gewisse wirtschaftliche Kernrisiken des Lebens ab, die wir als „Produktionsrisiken“ bezeichnen wollen. In Anlehnung an das „Gegenseitige Informationssystem zur sozialen Sicherheit (MISSOC)“ der Europäischen Kommission (Europäische Kommission, 2007) definieren wir zehn wirtschaftliche Risiken, die das deutsche Sozialsystem abfedert: (1) Armut, (2) Krankheit, (3) Invalidität, (4) Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, (5) Arbeitslosigkeit, (6) Mutterschaft, (7) Familiengründung, (8) Alter, (9) Pflegebedürftigkeit und (10) Tod (Zurücklassen von Angehörigen). Mutterschaft und Familiengründung sind hier nicht als Risiko im engen Sinn, sondern als wirtschaftliches Risiko zu verstehen, bei dem zumindest temporäre Einkommensausfälle zu erwarten sind³.

Nur bei wenigen der oben genannten wirtschaftlichen Risiken können wir Aussagen über das geschlechtsspezifische Risiko treffen, in diese Lebenssituation zu kommen. Einfach ist es beim „Risiko“ der Mutterschaft, welches zu 100% bei den Frauen liegt. Aus der Armutforschung wissen wir außerdem, dass Frauen ein höheres Armutrisiko haben (Bundesregierung 2008), was aus der niedrigeren Erwerbsbeteiligung, dem höheren Anteil unbezahlter Arbeit von Frauen und ihrer Hauptverantwortung für die Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sowie ihren niedrigeren Löhnen resultiert (Statistisches Bundesamt 2003). Des Weiteren ist das Invaliditätsrisiko sowie das Risiko für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten für Männer höher, da diese häufiger als Frauen schwerbehindert sind, häufiger Berufskrankheiten haben und öfter Opfer von Arbeitsunfällen werden. Auch die Kriegsopferversorgung betrifft hauptsächlich Männer. Das Arbeitslosigkeitsrisiko scheint dagegen ausgeglichen, da Frauen und Männer gleich häufig arbeitslos sind. Typischerweise gründen Männer und Frauen gemeinsam eine Familie, daher dürfte es zu Beginn der Familiengründung keine großen geschlechtsspezifischen Risikounterschiede geben. Im späteren Lebensverlauf sind es jedoch meist die Frauen, die sich nach einer Trennung hauptsächlich um die Kinder kümmern oder sogar allein erziehen (Andreß et al. 2003). Im späteren Lebenszyklus liegt also ein höheres (Produktions-) Risiko der Familiengründung bei den Frauen. Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer, sind auch das Alters- und das Pflegebedürftigkeitsrisiko für Frauen höher als für Männer. Bedürftige Angehörige hingegen dürften Männer häufiger als Frauen zurücklassen, worauf auch die Zahlen zu Hinterbliebenenrenten der Rentenversicherung deuten (Schneider et al. 2010). Aus den Zahlen zu geschlechtsspezifischen Krankheitskosten (Schneider et al. 2010) können wir schließlich folgern, dass Frauen ein höheres Krankheitsrisiko haben, allerdings nur unter der Annahme, dass bei Schwangerschaft und Entbindung Kosten entstehen, die den Frauen zugerechnet werden.

Dies sind noch wenig differenzierte Angaben, die uns nur eine erste Vorstellung der geschlechtsspezifischen Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten spezifischer Risiken geben. Konkrete Wahrscheinlichkeiten könnten allerdings aus den empirischen Anteilen der Leistungen beziehenden Frauen und Männer ermittelt werden. Allerdings adressieren Sozialleistungen in Deutschland häufig den Haushalt und nicht das Individuum und mischen damit individuelle und kollektive Elemente: (1) individuell gezahlte Beitragszahlungen und erhaltene Transferleistungen (wie bei der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung), (2) individuell gezahlte Beitragszahlungen, aber mit Leistungen auch für mitversicherte Angehörige (wie bei der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung) oder die Anrechnung von beitragsfreien Phasen in der Rentenversicherung, und (3) bedarfsabhängige Transferleistungen auf Haushaltsebene (wie bei der Sozialhilfe

² Ein alternatives Maß ist die Bruttowertschöpfung der privaten Haushalte (Haushaltsproduktion abzüglich des Güterverbrauchs). Diese betrug 820 Milliarden Euro in 2001, entsprechend knapp 40% des deutschen Bruttoinlandsprodukts jenes Jahres.

³ Im Folgenden geht es uns nicht um eine Bilanz der Einzahlungen und Auszahlungen nach Geschlecht, wir bilanzieren auch nicht, wie Frauen und Männer öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen – diese Fragen könnten mit einem Gender Budgeting analysiert werden (vgl. dazu Schratzenstaller 2002).

und der Grundsicherung für Arbeitssuchende, im Alter und bei Erwerbsminderung, siehe auch *Maier/Carl* 2009).

Zusätzlich ist die geschlechtsspezifische Aufschlüsselung für Sozialleistungen noch wenig üblich: So unterscheidet der Sozialbericht 2009 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS 2009) generell nicht nach weiblichen und männlichen LeistungsempfängerInnen, auch wenn es methodisch möglich wäre.

Um ein umfassendes „Gender Accounting“ erarbeiten zu können, wäre es erforderlich, Sozialleistungen nach Männern und Frauen aufschlüsseln zu können. Dafür ist es nötig, die dargelegten Datenlücken soweit wie möglich zu schließen, indem die Zahlen getrennt nach Männern und Frauen erhoben und veröffentlicht werden. Dort, wo es nur den Haushaltsbezug der Leistungen gibt, müssten Erkenntnisse über sogenannte haushaltsinterne Teilungsregeln herangezogen werden, wie sie in der modernen familienökonomischen Forschung untersucht werden. Diese würden empirisch gesicherte Erkenntnisse über die Zuordnung von haushaltsbezogenen Ressourcen zu den Geschlechtern ermöglichen (siehe z. B. Übersicht in *Beblo* 2012).

4. Datenquellen

Die in den vorherigen Abschnitten genannten Schätzwerte basieren auf folgenden amtlichen Statistiken und Einzeldatensätzen, welche auch für ein umfassendes „Gender Accounting“ herangezogen werden sollten: Arbeitsmarktstatistiken stellen das Statistische Bundesamt und die Bundesagentur für Arbeit bereit. Analysen geschlechtsspezifischer Unterschiede im Angebot unbezahlter und bezahlter Arbeit basieren in Deutschland üblicherweise auf dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) und der Zeitbudgeterhebung. Analysen der haushaltsinternen Aufteilung von Ressourcen können mit dem Paneldatensatz pairfam durchgeführt werden. Weiteres Potenzial sehen wir in der Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS), in der jeweils ein Familienmitglied Tagebuch über sämtliche Ausgaben führt. Statistiken über Sozialleistungen finden sich zum Beispiel in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Neben der Bundesagentur für Arbeit stellen auch die Sozialversicherungsträger Daten bereit. Eine systematische Erfassung und Veröffentlichung von Daten aller Sozialversicherungsträger und staatlichen Einrichtungen nach Geschlecht erfolgt bisher aber nicht.

5. Erhebungskonzept eines „Gender Accounting“

Wir möchten nun ein über den rein quantitativ-sammelnden Aspekt hinausgehendes, umfassenderes Konzept des „Gender Accounting“ vorschlagen, bei dem berücksichtigt wird, in welchen Lebenssituationen Frauen und Männer mit welcher Wahrscheinlichkeit welchen gesellschaftlichen Beitrag leisten, welchen wirtschaftlichen Risiken sie ausgesetzt sind, und zu welcher nach Lebenssituation oder nach Alter differenzierten Bilanz dies insgesamt führen kann.

Die Bausteine unseres Konzeptes sind in der *Tabelle* dargestellt.

Tabelle

Online-Only-Appendix

Als ersten Schritt schlagen wir vor, den Wert der von Frauen und Männern unbezahlt und bezahlt geleisteten Arbeit systematisch zu quantifizieren. Wie in der *Tabelle* aufgeführt, benötigt man dazu die Volumina der geleisteten Arbeitszeit nach verschiedenen Arbeitsformen für bezahlte Arbeit (also Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung) und für unbezahlte Arbeit (also Ehrenamt, Kindererziehung, Pflege, Hausarbeit, etc.). Diese Volumina müssen sodann getrennt für Frauen und Männer mit geeigneten Brutto-Stundenlöhnen bewertet werden. Während die Stundenlöhne für bezahlte Erwerbsarbeit empirisch erfasst sind, müssten für die Bewertung der unbezahlten Arbeit hypothetische

Stundenlöhne angesetzt werden. Man identifiziert also – getrennt für Männer und Frauen – für jede Form von Arbeit das durchschnittlich über den Lebenszyklus geleistete Arbeitsvolumen und multipliziert dieses mit dem jeweils geeigneten Stundenlohn. Den Erwartungswert der jeweiligen durchschnittlichen Lebensleistung erhält man über geeignete Diskontierungswerte. Zu bestimmen sind also nicht nur Arbeitsvolumina und (hypothetische und reale) Stundenlöhne, sondern auch sinnvolle Diskontsätze.

Das Arbeitsvolumen ist von diesen Werten am einfachsten zu bestimmen: Die Wahrscheinlichkeit dafür, in einer bestimmten Lebensphase in einer bestimmten Arbeitsform tätig zu sein, ließe sich beispielsweise auf Grundlage der Zeitbudgeterhebung abschätzen. Die *Tabelle* im Anhang zeigt, wie viel Zeit Frauen und Männer am Tag für unbezahlte und bezahlte Arbeit aufwenden. Grundlage dieser Zusammenstellung ist der Tabellenband der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 (Statistisches Bundesamt 2006). Bezahlte Arbeit ist hier Erwerbsarbeit, unbezahlte Arbeit setzt sich aus Arbeit im Haushalt (unter besonderer Ausweisung von Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen) sowie aus ehrenamtlicher Arbeit zusammen. Die *Tabelle* im Anhang zeigt neben der insgesamt aufbrachten Zeit auch den Anteil der Personen, welche eine Aktivität ausüben sowie die dann individuell aufbrachten Zeiteile.

Empirisch zeigt sich, dass Frauen unter 29 Jahren ein deutlich anderes Ausbildungs-, Mobilitäts-, Erwerbs-, Heirats- und Fertilitätsverhalten im Vergleich zu älteren Frauen aufweisen (siehe auch oben). Daher würde die vorgeschlagene Aufstellung aussagekräftiger – wenn auch ungleich schwieriger –, wenn man sie nach Kohorten getrennt auswies.

Da die erforderlichen Informationen nicht nur insgesamt erhältlich sind, sondern separat für die Altersgruppen der 18–29-Jährigen, 30–44-Jährigen, 45–64-Jährigen und 65+-Jährigen, ist es grundsätzlich auf Basis der Zeitverwendungsanteile möglich, für diese Gruppen altersspezifische Wahrscheinlichkeiten bezahlter und unbezahlter Arbeit im Lebenszyklus zu identifizieren. Beispielsweise üben 19% aller Frauen im Schnitt 23 Minuten ehrenamtliche Arbeit aus, aber dieser geleistete Beitrag steigt im Lebenszyklus von 13% der 18–29-jährigen Frauen (15 Minuten) auf 25% der über 65-jährigen Frauen (30 Minuten) an. Verfügten wir z. B. über eine glaubwürdige Approximation des gesellschaftlichen Wertes einer Stunde eines bestimmten Typs ehrenamtlicher Arbeit, könnten wir den Wert der von Frauen und Männern in verschiedenen Lebensphasen geleisteten ehrenamtlichen Arbeit abschätzen. Analog könnte man mit den anderen Formen geleisteter Arbeit verfahren.

Darüber hinaus halten wir es für unumgänglich, dass ein umfassendes „Gender Accounting“ auch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Risiken von Frauen und Männern berücksichtigt und deren Kosten in Form von erhaltenen Sozialleistungen erfasst. Wir schlagen also zusätzlich zu der Quantifizierung der produktiven Arbeitsleistung von Frauen und Männern vor, die geschlechtsspezifischen wirtschaftlichen Risiken (d. h. die Wahrscheinlichkeiten, Sozialleistungen zu erhalten) zu identifizieren. Diese wären dann mit der Höhe der empirisch erfassten, individuellen Sozialleistungen zu multiplizieren.

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Risiken stellt sich neben prinzipiell leicht zu lösenden Datenlücken allerdings das oben schon erwähnte Problem: Häufig werden Sozialleistungen nicht individuell gezahlt (vor allem Familienleistungen und Leistungen zur Mindestsicherung) und daher liegen Daten nicht getrennt für Frauen und Männer vor. Dies betrifft ebenso die Zuordnung steuerlicher Be- und Entlastungen. Eine Abschätzung des individuellen Anteils der empfangenen Haushaltsleistungen ist deshalb genauso notwendig wie differenzierte öffentliche Statistiken, wo diese möglich sind (wie beispielsweise bei der Unfallversicherung und beim Kindergeld).

Auch bei den wirtschaftlichen Risiken würde eine Aufteilung nach Kohorten noch konkretere Ansatzpunkte für politische Handlungsoptionen liefern. Eine Möglichkeit wäre, für jede Kohorte einen typischen Lebensverlauf mit typischen wirtschaftlichen Risiken zu simulieren. Um einen typischen Lebensverlauf

zu simulieren, sind Zeitpunkte festzulegen, an denen besondere Ereignisse eintreten – zum Beispiel das Alter bei Ausbildungsende und Berufseintritt, bei Heirat und bei der Geburt von Kindern. Diese Zeitpunkte können aus vorhandenen Befragungen (beispielsweise aller StichprobenteilnehmerInnen mit einer festgelegten Zahl von Kindern) retrospektiv gewonnen werden – auch nach verschiedenen Kategorien wie zum Beispiel Frauen mit niedriger, mittlerer und hoher Bildung. Eine Möglichkeit, die oben beschriebenen Risiken im Lebensverlauf zu quantifizieren, wäre die Simulation analog zu der in der Literatur üblichen Simulation von Lebenserwerbsverläufen. *Strengmann-Kuhn* und *Seel* (2004) ermitteln beispielsweise auf Grundlage des SOEP (1991–2000), dass 35–50-jährige Frauen mit mittlerer Bildung im Schnitt mit 18 Jahren ihre Ausbildung beendeten und ins Erwerbsleben eintraten, mit 24 Jahren heirateten und mit 25 Jahren ihr erstes und mit 30 Jahren ihr zweites Kind bekamen. Andere Kategorien für unterschiedliche Simulationsszenarien könnten die Kinderanzahl, der Familientyp oder die Region sein. Für die Simulation von Erwerbsverläufen werden die Lohngleichung und die Erwerbsbeteiligung getrennt geschätzt, wieder auf Basis der vorhandenen Befragungsdaten, und zwar schrittweise für jedes Lebensalter, beginnend in dem Alter, in dem die jüngste Gruppe in das Erwerbsleben eintritt. Aus diesen Schätzungen ergibt sich dann ein Profil der simulierten Erwerbsbeteiligung über den Lebenszyklus nach verschiedenen Kategorien, hier Bildungstypen, die dann in Bruttomonats-, Bruttojahres- und Bruttolebenserwerbseinkommen umgerechnet werden.

Wir schlagen vor, analog zu den beschriebenen Simulationsstudien auch Risiken wie Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, chronische Krankheit, Armut, oder Pflegebedürftigkeit getrennt für Frauen und Männer zu simulieren. Zum Beispiel könnte man alle befragten Pflegebedürftigen auswählen, annehmen, dass ihrer Pflegebedürftigkeit eine gesunde Phase voranging, dann den durchschnittlichen Zeitpunkt bestimmen, an dem die Pflegebedürftigkeit eintrat, für jedes darauf folgende Jahr die Wahrscheinlichkeit schätzen, dass die Pflegebedürftigkeit anhält, diese mit den Kosten eines Jahres Pflegebedürftigkeit multiplizieren und so die Bruttokosten einer Pflegebedürftigkeit im Lebenszyklus bemessen.⁴

6. Zusammenfassung

Zusammenfassend gibt es unseres Erachtens zwei Möglichkeiten einer geschlechtsspezifischen Bilanzierung: entweder

- (1) eine Gesamtbetrachtung aller mit Wahrscheinlichkeiten und Preisen bewerteten erbrachten und empfangenen Leistungen von Frauen und Männern, oder
- (2) eine entsprechend differenzierte Kohortenbetrachtung mit Hilfe von Simulationsstudien.

Erstere stellt geringere Anforderungen an die Datenverfügbarkeit und ist somit einfacher durchführbar. Die Zweite ist methodisch aufwändiger, bietet als Lebensphasenansatz aber den Vorteil, Handlungsoptionen für sozialpolitische Maßnahmen zielgerichteter (nämlich auf die jeweilige Kohorte bezogen) abzuleiten.

Das Ziel eines „Gender Accounting“ sollte sein, Ansatzpunkte für sozialpolitische Maßnahmen unter Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden zu identifizieren; also zu ermitteln, wo wirtschaftliche Risiken auftreten und welche Relevanz diese haben, um sie auch individualisiert (und nicht nur im Haushaltskontext) angehen zu können und zu bestimmen, wo und wie das soziale Auffangnetz aufgehängt sein und an welchen Stellen es besonders eng gewebt sein sollte. Wenn man sich dabei an den empirisch vorliegenden Lebensphasen und -risiken orientiert, sollte das natürlich nicht als normative Vorgabe über idealtypische Lebensverläufe verstanden werden. Der Nutzen einer solchen Bilanzierung liegt in der damit verbundenen hohen fiskalischen Transparenz, die auch in der „Gender Budgeting“-Debatte betont wird: Erbrachte Leistungen und Zahlungsströme werden transparent gemacht und bieten eine differenzierte Grundlage für die geschlechterdifferenzierende Evaluation einzelner sozialpolitischer Leistungen (so genannte „gender-impact assessments“).

Literatur

- Andrefß, H.-J./Borgloh, B./Güllner, M./Wilking, K.* (2003): Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung, Wiesbaden.
- Bach, H.-U./Gartner, H./Hummel, M./Klinger, S./Rothe, Th./Spitznagel, E./Zika, G.* (2009): Projektion 2009: Arbeitsmarkt im Sog der Rezession. IAB-Kurzbericht, 06/2009, Nürnberg.
- Becker, A.* (2005): Accountingforschung, Controlling und Gender, in: Krell, G. (Hrsg.), Betriebswirtschaftslehre und Gender Studies, Wiesbaden: 59–82.
- Beneria, L.* (2003): Gender, Development and Globalization – Economics as if All People Mattered, New York/London.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS, 2009): Sozialbericht 2009, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Neue Wege – Gleiche Chancen – Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht, Berlin.
- Bundesregierung (2008): Lebenslagen in Deutschland – Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Carstens, U./Clausen, L./Osterkamp, F./Schlüter-Knauer, C.* (Hrsg.) (2006): Neuordnung der sozialen Leistungen, Nordstedt.
- Deutscher Bundestag (2013): Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Geschlechterpolitische und feministische Perspektiven auf Wohlstand und Lebensqualität (Änderungsantrag) Kommissionsdrucksache 17(26)128. Online unter: http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/Kommissionsdrucksachen/128___ndAntrag_geschlechterpolitische_feministische_perspektiven.pdf.
- Färber, Ch./Dohmen, D./Parlar, R./Köhnen, M./Cleuvers, B.* (2006): Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Janke, M.* (2008): International Accounting, Corporate Communication und Gender, in: Maier, F./Fiedler, A. (Hrsg.): Verfestigte Schiefen – Ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis, Berlin: 221–238.
- Kotlikoff, L. J./Raffelhüsch, B.* (1999): Generational Accounting Around the Globe, in: The American Economic Review 89(2), Papers and Proceedings of the One Hundred Eleventh Annual Meeting of the American Economic Association: 161–166.
- Schäfer, D.* (2004): Unbezahlte Arbeit und Haushaltsproduktion im Zeitvergleich, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Alltag in Deutschland, Forum der Bundesstatistik, Bd. 43/2004: 247–273.
- Shaffer, A./Stahmer, C.* (2006): Erweitertes Gender-BIP – Eine geschlechtsspezifische Analyse des traditionellen Bruttoinlandsproduktes und der Haushaltsproduktion in Deutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 226/3: 308–328.
- Schneider, J./Beblo, M./Maier, F.* (2010): „Gender Accounting“ – Eine konzeptionelle Annäherung und methodisch-empirische Bestandsaufnahme. Expertise für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- (2011a): Gender Accounting – Eine konzeptionelle Annäherung und methodisch-empirische Bestandsaufnahme. Harriet Taylor Mill-Institut Diskussionspapier 15, Berlin.

⁴ Im Ersten Gleichstellungsbericht sind erste Modellrechnungen dokumentiert, die von *Tanja Schmid* erarbeitet wurden (BMFSFJ 2012, S. 222 ff.).

– (2011b): Ökonomische Bilanzierung eines Frauen- und eines Männerlebens in Deutschland, gender...politik...online, Oktober 2011.

Schratzenstaller, M. (2002): Gender Budgets – ein Überblick aus deutscher Perspektive, in: Bothfeld, S./Gronbach, S./Riedmüller, B. (Hrsg.): Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik: 133–158.

Seel, B./Hufnagel, R. (2000): Wie viel kostet es, eine Frau zu sein?, Studie für einen Artikel in Marie Claire, Universität Hohenheim.

Sellach, B./Enders-Dragässer, U./Libuda-Köster, A. (2004): Geschlechtsspezifische Besonderheiten der Zeitverwendung – Zeitstrukturierung im theoretischen Konzept des Lebenslagen-Ansatzes, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Alltag in Deutschland, Forum der Bundesstatistik, Bd. 43/2004: 67–85.

– (2006): Besonderheiten der Zeitverwendung von Frauen und Männern, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik 1/2006: 83–95.

SOEP Group (2001): The German Socio-Economic Panel (GSOEP) After More than 15 Years – Overview, in: Holst, E./Lillard, D. R./DiPrete, Th. A. (Hrsg.), Proceeding of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000), Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 70(1): 7–14.

Statistisches Bundesamt (2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02, Wiesbaden.

– (2006): Zeitbudgets – Tabellenband I, Zeitbudgeterhebung: Aktivitäten in Stunden und Minuten nach Geschlecht, Alter und Haushaltstyp, 2001/2002, Wiesbaden.

– (2010): Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen, Wiesbaden.

Stiglitz, J./Sen, A./Fitoussi, J.-P. (2009): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (02.11.2009).

Strengmann-Kuhn, W./Seel, B. (2004), Einkommensdiskriminierung und frauenspezifische Erwerbsbiographie, Aachen.

Wagner, G./Frick, J. R./Schupp, J. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements, Schmollers Jahrbuch, 127 (1): 139–169.

Wanger, S. (2006): Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen. Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991–2004. IAB-Forschungsbericht, 02/2006, Nürnberg.

Anhang

Online-Only-Appendix
